

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Band: - (2005)

Heft: 2: 30 Jahre Kaiseraugst-Besetzung : die Revolte, der keine (Energie-)Revolution folgte

Artikel: Parlament soll CO2-Abgabe zurechtstutzen

Autor: Brand, Rafael

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586445>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

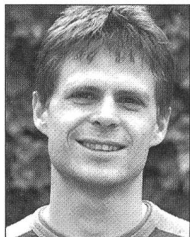
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 07.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Parlament soll CO₂-Abgabe zurechtstutzen

Der Klimarappen steht im Widerspruch zum CO₂-Gesetz, hat keine Lenkungswirkung und ist faktisch eine neue Steuer ohne gesetzliche Grundlage. Von der Wettbewerbskommission wurde der Klimarappen gar als wettbewerbswidrig eingestuft. Trotz allem entschied sich der Bundesrat für einen Klimarappen in Kombination mit einer CO₂-Abgabe. Nun bläst die Klimarappen-Allianz rund um die Erdöl-, Auto- und Stromlobby bereits zum Angriff auf die CO₂-Abgabe: Das Parlament soll die Höhe der CO₂-Abgabe bis zur Wirkungslosigkeit zurechtstutzen.



Von Rafael Brand,
Redaktor «ENERGIE & UMWELT»

Der von der Erdölvereinigung ins Spiel gebrachte «freiwillige» Klimarappen ist eine neue Steuer ohne Rechtsgrundlage und verstösst laut einem Gutachten der Wettbewerbskommission («E&U Nr. 1/05) gegen das Kartellgesetz. Obwohl der Klimarappen mehr als rechtlich umstritten ist, gab sich Rolf Hartl, Geschäftsführer der Erdölvereinigung, sehr gelassen: «Der Ball liegt so oder so beim Bundesrat». ¹ Offenbar war sich Rolf Hartl der Machtver-

hältnisse im Bundesrat schon damals sehr sicher.

CO₂-Abgabe im Bundesrat offenbar heftig umstritten

Obwohl der Klimarappen wettbewerbswidrig ist, dem CO₂-Gesetz widerspricht und keine Lenkungswirkung im Inland respektive CO₂-Reduktion beim inländischen Verkehr bewirkt, hat sich die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat – gestützt auf Art. 8 des Kartellgesetzes – aus «überwiegend öffentlichen Interessen» für den umstrittenen Klimarappen entschieden. Mehr noch: Offenbar lag es auf Messers Schneide, dass nicht schon der Bundesrat der CO₂-Abgabe den Scheid abkaufte, wie Bundesrat Moritz Leuenberger in einem Interview mit der «Neuen Luzerner Zeitung» offen zugab: «Ich bin sehr froh, dass sich der Bundesrat heute für eine CO₂-Abgabe auf Brennstoffen entschieden hat, was heftig umstritten war.» Und an anderer Stelle im Interview verteidigte Leuenberger die Minimallösung des Bundesrats und erläutert seine Zufriedenheit wie folgt: «Eine Minimallösung wäre gewesen, nichts zu unternehmen, und das ist auch zur Diskussion gestanden. Suboptimal wäre es gewesen, nur den Klimarappen einzuführen.» ²

Der Bundesratsentscheid ertete harsche Kritik

Der Beschluss des Bundesrates für eine Kombination von Klimarappen auf Treibstoffe und CO₂-Abgabe auf Brennstoffe ertete in der Presse harsche Kritik. Die «NZZ» bezeichnete den Entscheid des Bundesrates als «Schweizer Musterkompromiss»,

die «Berner Zeitung» sah den Bundesratsbeschluss als «bequemen Kompromiss, der die Automobilisten und das Transportgewerbe schont» und die Kommentatorin der «Basler Zeitung» bezeichnete den Entscheid schlicht als «Kniefall vor der Öllobby». ³

Ebenso deutliche Worte fanden die Befürworter einer CO₂-Abgabe. Die «Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik» – der auch die Schweizerische Energiestiftung SES zusammen mit fast 50 namhaften Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Hilfswerke, Kirchen, Parteien und andere Organisationen angehört – reagierte empört auf den Bundesratsbeschluss: «Der Bundesrat hat mit seinem Entscheid klargestellt, dass die Öllobby die klimapolitischen Fäden zieht. Der Bundesrat verabschiedet sich damit von einer glaubwürdigen Klimapolitik.» Und weiter: Der Klimarappen «schafft die Grundlage für den Einkauf von ausländischen Verschmutzungszertifikaten. Damit werden CO₂-Reduktionsmassnahmen bloss rechnerisch – damit scheinheilig – erfüllt.» ⁴ Auf Unverständnis stösst, dass ausgerechnet beim Verkehr, wo die klimapolitischen Vorgaben am deutlichsten verfehlt werden, nur ein Klimarappen erhoben werden soll. Die Grüne Partei der Schweiz bezeichnete den Entscheid denn auch «als klimapolitische Katastrophe» und für die SP ist der Bundesrat schlicht «auf halbem Weg stehen geblieben». ⁵

Kampfansage an die CO₂-Abgabe

Obwohl der Bundesrat sich für den Klimarappen entschieden hat, sind auch die Befürworter des Klimarap-

Klimarappen auf Probe

Am 23. März 2005 sprach sich der Bundesrat für eine CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe (9 Rp. pro Liter Heizöl) sowie bei den Treibstoffen (Benzin und Diesel) für einen «Klimarappen auf Probe» aus. Beide Abgaben sollen ab 2006 erhoben werden. Die Befürworter des Klimarappens möchten die CO₂-Reduktion hauptsächlich im Ausland mit dem Kauf von CO₂-Zertifikaten erreichen. Damit soll beim Verkehr das gesetzliche Reduktionsziel (minus 8% CO₂-Ausstoss gegenüber 1990) nicht an der Quelle im Inland, sondern indirekt durch Klimaschutzmassnahmen und Emissionszertifikate im Ausland erreicht werden. Kommt der Klimarappen bis Ende 2007 nicht zu Stande oder erbringt er nicht die nötige Wirkung, will der Bundesrat auch auf Benzin und Diesel eine CO₂-Abgabe einführen. Die detaillierte Vorlage zuhanden dem Parlament soll bis anfangs Sommer vorliegen. National- und Ständerat werden voraussichtlich in der Herbstsession darüber befinden.



Der CO₂-Entscheid des Bundesrates: Ein Schweizer Musterkompromiss.

pens respektive Gegner einer CO₂-Abgabe mehr als unzufrieden. Die Politik und Wirtschaftsallianz rund um Erdölvereinigung, Autolobby und economiesuisse bläst nun unverblümt zum Kampf gegen eine wirkungsvolle CO₂-Abgabe. Das «Energieforum Schweiz», das als Schaltstelle zwischen Politik und den Vertretern der Strom-, Bau- und Wirtschaftsbranche dient, äussert sich in seiner Kritik noch sehr diplomatisch und «bedauert, dass der Bundesrat auf Brennstoffen eine CO₂-Abgabe einführen will». Es wird vor allem moniert, dass der Klimarappen bis 2007 seine Wirksamkeit beweisen muss: «Der auf Ende 2007 verlangte Nachweis ist illusorisch». ⁶ Viel deutlicher schon äussert sich hingegen die «Aktion für vernünftige Energiepolitik Schweiz» AVES, der über 70 National- und Ständeräte angehören. Für die AVES ist nur der Klimarappen eine sinnvolle Lösung und das CO₂-Gesetz veraltet. «Die CO₂-Abgabe ist ein Holzweg», titelt sie in ihrer Medienmitteilung. ⁶

Die Krux am Bundesratsentscheid für eine CO₂-Abgabe auf Brennstoffe ist, dass die Höhe der CO₂-Abgabe letztlich vom Parlament genehmigt wird. Die AVES – der politische Arm der Klimarappen-Allianz direkt unter die Bundeshauskuppel – ruft denn auch offen dazu auf, «diese CO₂-Abgabe vorläufig nicht zu geneh-

migen.» ⁶ Auch der Verband der Schweizer Unternehmen «economiesuisse» bläst ins gleiche Horn und ruft die ParlamentarierInnen dazu auf, «die nötigen Korrekturen vorzunehmen». ⁶

CO₂-Abgabe bis zur Wirkungslosigkeit zurechtstutzen

Mehr noch: Nun soll die Höhe der CO₂-Abgabe bis zur Wirkungslosigkeit zurechtgestutzt werden. Der Schweizerische Hauseigentümergebiet HEV ist darüber verärgert, dass Brennstoffe und Treibstoffe ungleich behandelt werden: «Die CO₂-Emissionen bei den Treibstoffen steigen ständig an und liegen heute deutlich über dem Stand von 1990.» Trotzdem wolle der Bundesrat «den Treibstoffbereich aber nur mit einem freiwilligen Klimarappen belasten», wettert der Hauseigentümergebiet. Der HEV erwartet deshalb, «dass das Parlament die Höhe der CO₂-Abgabe massiv reduziert». ⁶ Und mit gewohnt einfacher Rezeptur sagt auch die SVP den schweizerischen Klimazielen den Kampf an: «Der Klimarappen ist reine Augenwischerei. Die Reduktionsziele werden weder in der Schweiz noch in anderen Ländern fristgerecht erreicht. Die SVP wird in den parlamentarischen Beratungen beantragen, die Höhe der CO₂-Abgabe bei Fr. 0.– festzulegen.» ⁶

1 Pressemitteilung der Erdöl-Vereinigung vom 23. Dezember 2004.

2 «Neue Luzerner Zeitung», 24. März 2005.

3 CO₂-Plattform, Presseschau vom 24. März 2005.

4 Medienmitteilung der Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik vom 23. März 2005.

5 Medienmitteilung der Grünen Partei Schweiz, 03/2005 und der SP vom 23. März 2005.

6 Diverse Medienmitteilungen seitens Energieforum Schweiz / AVES / economiesuisse / HEV und SVP, alle vom 23. März 2005.

AKTUELL

Restwassermengen

Obwohl – oder gerade weil – das Gewässerschutzgesetz erst zu greifen beginnt, macht die Wasserkraft- und Stromlobby mächtig Druck. Sie fordert tiefere Restwassermengen und will die Sanierungsbestimmungen für (Fließ-)Gewässer abschwächen. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats (UREK-S) hat diese Forderungen aufgegriffen und will die Ausnahmen für Restwasser flexibilisieren. Die UREK des Nationalrats hat diese Vorschläge, Ende November ebenfalls gutgeheissen. Das will der Schweizerische Fischerei-Verband nicht hinnehmen und hat kürzlich die Initiative «Lebendiges Wasser» (Renaturierungs-Initiative) lanciert. Damit soll eine weitere Verwässerung des Gewässerschutzgesetzes verhindert und die rasche Durchführung von Renaturierungsmaßnahmen gefördert werden. Wie sich die ökologischen und ökonomischen Anforderungen gleichzeitig erfüllen lassen, hat die Zeitschrift «Thema Umwelt» Nr. 4/2004 anhand von Fallbeispielen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich, der Engadiner Kraftwerke und von Rätia Energie gezeigt. Es gibt somit keinen Grund, an den vorhandenen Gewässerschutzbestimmungen und Restwassermengen zu rütteln, wie dies die Stromwirtschaft fordert. Infos auf der Homepage des Schweizerischen Fischereiverbandes und bei PUSCH: www.sfv-fsp.ch + www.umweltschutz.ch > Publikationen > Thema Umwelt.

Deutschland will

Erneuerbare weiter fördern

Unternehmen aus dem Bereich der Erneuerbaren Energien wollen in den nächsten 15 Jahren in Deutschland 200 Milliarden Euro investieren. Das kündigte die Branche im Beisein von UNEP-Generaldirektor Klaus Töpfer und Bundesumweltminister Jürgen Trittin an. Bis heute habe die Branche bereits 130 000 Arbeitsplätze geschaffen. Im Jahr 2020 sollen es mehr als eine halbe Million sein. Töpfer: «Mit dem Aufbau des neuen Industriezweiges hat Deutschland sich eine Vorreiterrolle im internationalen Vergleich gesichert.» Trittin: «Die Erneuerbaren Energien stärken den Energiestandort Deutschland und machen unsere Energieversorgung zukunftsfähig.»